



RECHTSRADIKALISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT WECHSEL IM AMT DES GENERALSTAATSANWALTS

■ ANALYSE		
	Alexander Dugin, die Faschismusfrage und der russische politische Diskurs	
	Andreas Umland, Kyïv	2
■ TABELLE ZUM TEXT		
	Opfer von rassistischen und rechtsextremistischen Angriffen 2004–2005	5
■ CHRONIK		
	Rassistische und rechtsextreme Gewalt in Russland 2005 und 2006	6
■ UMFRAGE		
	Gibt es in Russland Faschismus?	8
■ UMFRAGE		
	Freunde und Feinde Russlands im Spiegel der öffentlichen Meinung 2005–2006	10
■ DOKUMENTATION		
	Wechsel im Amt des Generalstaatsanwalts	12
■ UMFRAGE		
	Die Arbeit des Generalstaatsanwalts in den Augen der Öffentlichkeit (Mai 2006)	13
	Die Ablösung Wladimir Ustinows in den Umfragen des VCIOM	15
■ CHRONIK		
	Vom 16. bis zum 22. Juni 2006	16

Analyse

Alexander Dugin, die Faschismusfrage und der russische politische Diskurs

Andreas Umland, zur Zeit Kyïv, Ukraine

Zusammenfassung

In den vergangenen Monaten kann man eine erfreuliche Sensibilisierung der russischen Öffentlichkeit gegenüber Skinhead-Attacken und nationalistischer Propaganda beobachten. Dessen ungeachtet bleibt das Verhältnis der Putinadministration und der kremlgesteuerten Massenmedien zu xenophoben Tendenzen in Politik und öffentlicher Diskussion zweideutig. Während primitiver Fremdenhass und Gewaltaktionen öffentlich stigmatisiert werden, nimmt die Verbreitung insbesondere antiamerikanischer Stereotypen durch die Massenmedien und politische Publizistik ungehindert ihren Fortgang. So spielt etwa der Publizist Alexander Dugin, der in den neunziger Jahren offen profaschistisches Ideengut propagierte, im Diskurs der russischen politischen Eliten heute eine wichtige Rolle. Es dürfte interessant sein zu beobachten, wie die russische Führung in den kommenden Jahren mit den daraus erwachsenden Herausforderungen an die Innen- und Außenpolitik umgehen wird.

Eine neue Sensibilität für Rechtsextremismus?

Angesichts der Häufung gewalttätiger Übergriffe und anderer ausländerfeindlicher Aktionen erlebt die Diskussion um russischen Faschismus derzeit ein neues Hoch in den Massenmedien der Russischen Föderation (RF). Eine ähnliche Debatte hatte es Mitte der 1990er gegeben, als die Konfrontation zwischen Präsident Jelzin und der „unversöhnlichen Opposition“, bürgerkriegsähnliche Zustände in Moskau, Wladimir Shirinowskijs Aufstieg, das Auftauchen neonazistischer Parteien, der Erste Tschetschenienkrieg usw. den Begriff vom „Weimarer Russland“ prägten. Obwohl dieses Konstrukt in den Kommentaren der letzten Monate seltener auftaucht, ist auch die aktuelle Mediendebatte von Alarmismus und Aktionismus gekennzeichnet.

Immerhin ist zu begrüßen, dass die russische Öffentlichkeit, die die wachsenden rechtsextremistischen Tendenzen in der Parteienlandschaft und Jugendkultur über Jahre hinweg weitgehend ignoriert hatte, diese nun zumindest teilweise zur Kenntnis nimmt und Gegenmaßnahmen diskutiert. Selbst die an und für sich als nationalismusfreundlich bekannte russische Justiz beginnt, sich dem Druck der öffentlichen Meinung bzw. der Präsidentschaftsadministration zu beugen, und wendet, im Vergleich zur Praxis der neunziger Jahre, den Fremdenhassparagrafen des russischen Strafgesetzbuches häufiger an. Ebenfalls hoffen lassen die scharfen Reaktionen staatlicher Organe z.B. auf einen xenophoben Werbespot des „Rodina“-Blocks im Vorfeld der Wahlen zum Moskauer Stadtparlament 2005 oder das Vorgehen gegen die oft tödlich endenden Skinhead-Attacken auf

Immigranten und Gaststudenten. In diesbezüglichen offiziellen Darstellungen wird zuweilen auf das „antifaschistische“ Erbe der Sowjetunion verwiesen und eine im Russentum verwurzelte besondere Resistenz gegenüber dem Faschismus beschworen.

Uneindeutige Reaktionen

Trotz solcher ermutigenden Anzeichen bleibt das Verhältnis der kremlkontrollierten zentralen Massenmedien zu den rechtsextremen Tendenzen insgesamt ambivalent. Während manifester Antisemitismus und gewaltbereiter Rassismus nunmehr massive Kritik und demonstrative Stigmatisierung erfahren, sind andere xenophobe Denkmuster in der Auslandsberichterstattung und weltpolitischen Kommentaren weiter präsent bzw. verstärken sich. Dies betrifft neben den klassischen antiwestlichen, -baltischen, -ziganistischen und -polnischen Reflexen zunehmende ukraino- und kaukasophobe – derzeit insbesondere antigeorgische – Stereotypen. Den unbestrittenen Spitzenplatz unter den von den russischen Staatsmedien projizierten „Feinden Russlands“ nehmen die Vereinigten Staaten ein. Der immer primitivere und tiefergehende Antiamerikanismus in politischen Fernsehsendungen wie „Odnako“ (Michail Leontjew), „Tschelowek i sakon“ (Alexei Pimanow), „Realnaja politika“ (Gleb Pawlowski) oder „Post Scriptum“ (Alexei Puschkow) steigert sich in ein manichäisches Weltbild, in dem die USA für den Großteil der Missgeschicke und Fehlentwicklungen der jüngsten russischen, ja Weltgeschichte verantwortlich gemacht werden und in welchem die amerikanische Gesellschaft zum negativen Anderen der russischen Zivilisation mutiert. Kurioserweise wird jener Staat, welcher Russland in der

jüngsten Geschichte am meisten Leid zugefügt hat, Deutschland, von dieser paranoid gefärbten Wahrnehmung der Außenwelt ausgenommen und, wohl nicht zuletzt aufgrund der persönlichen Neigungen Putins, zum kollektiven Freund der Russen stilisiert (ein Zerrbild, das freilich auch durch das unorthodoxe Verhalten von Exkanzler Schröder genährt wurde).

Letztlich ist anzumerken, dass trotz zunehmender Verurteilung rechtsextremistischer Tendenzen, Repräsentanten der als putinfeindlich geltenden nationalistischen politischen Gruppierungen, allen voran Shirinowskij's sogenannte Liberal-Demokratische Partei, von den kreglgesteuerten Diskreditierungskampagnen verschont geblieben sind, obgleich viele Statements von Shirinowskij und Konsorten (man denke etwa an sein berüchtigtes Pamphlet „Der letzte Sprung nach Süden“) ebenfalls geeignet sind, Fremdenhass in der Bevölkerung zu schüren.

Verirrungen der Intelligenzija

Neben derlei Tendenzen in Debatten der breiten Öffentlichkeit, gibt es ähnlich widersprüchliche Entwicklungen im Elitendiskurs und der politischen Publizistik. Einerseits wird von der politischen Spitze die Integration Russlands in westliche Organisationen, wie die G 8-Gruppe oder Welthandelsorganisation, vorangetrieben. Andererseits sind heutige politische Expertendiskussionen sowie das intellektuelle Leben insgesamt von einem sich ausbreitenden antiwestlichen, häufig als „eurasisch“ bezeichneten Konsens geprägt, dessen Grundtenor ist, dass Russland „anders“ als die USA sei bzw. gar im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten existiere. Der russische Buchmarkt erlebt eine Schwemme von politischen Schmähschriften, die von unverhohlenem Amerikahass, abstrusen Verschwörungstheorien, pathologischen Weltuntergangssängern und bizarren Neugeburtsphantasien geprägt sind. Zu den mehr oder minder weit gelesenen Autoren derartiger Machwerke zählen – neben vielen anderen – Sergej Kurginjan, Igor Schafarewitsch, Oleg Platonow, Maksim Kalaschnikow (alias Wladimir Kutscherenko) und Sergej Kara-Mursa.

Der wahrscheinlich bekannteste derartige Publizist ist Dr.sc.pol. Aleksandr Dugin (1962 geb.) – Gründer, Ideologe und Vorsitzender der sogenannten Internationalen Eurasischen Bewegung, deren „Höchster Rat“ sich mit der Mitgliedschaft des Ministers für Kultur der RF Aleksandr Sokolow, Vizevorsitzenden des Föderationsrates der RF Aleksandr Torschin, mehrerer Botschafter und ähnlich illustrieren Figuren schmückt, darunter auch einige westliche Intellektuelle und GUS-Politiker. Dugin's wachsende Prominenz ist insofern bemerkenswert, als

der „Neoeurasier“ nicht nur als der einflussreichste, sondern auch unverschämteste unter seinen ultranationalistischen Publizistenkollegen gelten darf. Während sich Autoren wie Kurginjan oder Kara-Mursa in ihren Traktaten auf eine Wiederbelebung klassischer russischer antiwestlicher Ressentiments und untergründige Anleihen an westliche Quellen beschränken, gibt Dugin offen zu, dass nicht-russische antidemokratische Konzepte, etwa solche des europäischen integralen „Traditionalismus“ (René Guénon, Julius Evola, Claudio Mutti, etc.) sowie der westlichen Geopolitik (Alfred Mahan, Halford Mackinder, Karl Haushofer u.a.), deutschen „Konservativen Revolution“ (Carl Schmitt, Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck usw.) und frankophonen „Neuen Rechten“ (Alain de Benoist, Robert Steuckers) zu seinen Hauptquellen zählen.

Mehr noch: in den neunziger Jahren hat Dugin wiederholt seine Sympathien für ausgesuchte Aspekte des Italofaschismus und Nazismus, unter anderem für die Waffen-SS und das Institut „Ahnenerbe“, angedeutet und das Dritte Reich als bislang konsequenteste Inkarnationen des von ihm bevorzugten „Dritten Weges“ charakterisiert. Im Kapitel „Faschismus – grenzenlos und rot“ der WWW-Version seines 1997 erschienenen Buches „Tampliry Proletariata“ (Die Tempelritter des Proletariats) gab er der Hoffnung Ausdruck, dass nach der inkonsequenten Umsetzung ursprünglich richtiger Ideen durch Hitler, Mussolini usw. im postsowjetischen Russland nun ein „faschistischer Faschismus“ erstehen würde. In Dugin's apokalyptischer Weltsicht stellt sich die Weltgeschichte als jahrhundertalte Konfrontation zwischen hierarchisch organisierten „eurasischen“ Landmächten und liberalen „atlantischen“ Seemächten dar. Diese Auseinandersetzung auf Leben und Tod wird heute zwischen Russland und den USA, als Hauptrepräsentanten der beiden antagonistischen Zivilisationstypen, ausgetragen und nähert sich nun ihrem „Endkampf“ (ein Wort, das bei Dugin in Deutsch, ohne Übersetzung ins Russische erscheint).

Derlei profaschistische Stellungnahmen müssten eigentlich dazu führen, dass Dugin und andere rechtsextreme Publizisten, die sich vergleichbar äußern, ähnlich öffentlich stigmatisiert werden, wie dies derzeit mit den neonazistischen Parteien und Skinheadgruppen geschieht. Das war bisher jedoch kaum der Fall. Vielmehr sind Dugin & Co., wie etwa der bekannte Chefredakteur der wichtigsten ultranationalistischen Wochenzeitung Russlands „Sawtra“ (Morgiger Tag), Aleksandr Prochanow, gern gesehene Gäste bei politischen Abendsendungen wie „Wremena“ (Wladimir Posner), „Tem wremenem“ (Alexander

Archangelskij), „Woskresnyj wetscher“ oder „K barjeru“ (Wladimir Solowjow), ja teilweise bei populären Nachmittagstalkshows wie „Pust gororjat“ (Andrej Malachow).

Das postsowjetische Faschismusverständnis

Das Dugin bislang von kremlgesteuerten Journalisten und seinen politischen Konkurrenten weitgehend „verschont“ wurde, hängt nicht nur damit zusammen, dass er sich in letzter Zeit als „radikaler Zentrist“ und fanatischer Putin-Anhänger profiliert und es vermocht hat, Sympathien bei prominenten Repräsentanten der russischen Legislative und Exekutive zu wecken. Dugin ist es auch gelungen, dem Faschismusvorwurf zu entgehen, indem er seine Schriften und öffentliches Image mit dem verzerrten, von der sowjetischen Propaganda geerbten Faschismuskonzept abgestimmt hat. Im postsowjetischen Diskurs wird der dem Italienischen entstammende Begriff „Faschismus“ mit dem deutschen Nazismus und seinen äußerlichen Symbolen, wie Hakenkreuz und Hitlergruß, gleichgesetzt. Teilweise geht die propagandistische Nutzung des Faschismusbegriffs so weit, dass er auf alle als „antirussisch“ angesehene Ideen angewandt wird und sich damit unversehens zum rhetorischen Instrument in xenophoben Hetzkampagnen russischer Ultranationalisten wandelt.

Dugins Beispiel illustriert, dass es angesichts eines solchen verengten Faschismusverständnisses genügt, sich mit Lippenbekenntnissen von den schlimmsten Verbrechen des Dritten Reiches zu distanzieren sowie ein allzu offenes Kopieren der nazistischen Symbolik zu vermeiden, um einer öffentlichen Stigmatisierung als „Faschist“ zu entgehen. Dies zumindest würde erklären, warum einerseits manifest neonazistische Gruppierungen, wie die „Russische Nationale Einheit“ Alexander Barkaschows sowie die Skinhead-Banden, von der Exekutive und inzwischen auch Judikative lautstark verfolgt werden, andererseits jedoch rhetorisch nicht minder radikale ultranationalistische Publizisten geduldet sind, ja sich in öffentlichen Foren und den staatlich kontrollierten Massenmedien ungehindert präsentieren können bzw. scheinbar sogar eine aktive Rolle in diversen Projekten kremlnaher Polittechnologien zugewiesen bekommen haben.

1984 – Déjà vu

Ein weiterer Faktor, der Dugin & Co. begünstigt, scheint die Rückkehr der russischen Führung zu quasi orwellischen öffentlichen Diskursformen zu sein. Von der Präsidentialadministration ferngesteuert, handelt sich die politische Berichterstattung in den Massenmedien von einem nationalpatriotischen Hap-

pening zum anderen. Ob Russland-China-Gipfel oder der Olympiadeauftritt russischer Sportler, ob „Orange Revolution“ oder der Kassenerfolg eines russischen Fantasyfilms im Ausland – internationale Ereignisse jedweder Art werden zum kollektiv errungenen Triumph oder zur gemeinsam erlittenen Erniedrigung der russischen Nation und ihrer getreuen Führung aufgebauscht.

Die damit einhergehende Verflachung und Emotionalisierung öffentlicher politischer Debatten, die manchmal in kuriosen Schreiwettkämpfen zwischen Teilnehmern politischer Fernsehdiskussionen endet, verdrängt ernsthafte Analyse. Politische Kommentare sind auf das „Hier und Heute“ fixiert, was im Falle Dugins dazu beigetragen haben mag, dass sein eigentlich bekanntes neofaschistisches Auftreten in den Neunzigern „vergessen“ wurde. Die mit der propagandistischen Ausrichtung der Ausland sberichterstattung einhergehende gebetsmühlenartige Verunglimpfung des Westens erweitert zudem sukzessive den Raum für radikale Losungen und Lösungen, was ebenfalls die gesellschaftliche Position Dugins und ähnlich orientierter Theoretiker stärkt.

Ausblick

Wird die neugewonnene Sensibilität gegenüber nationalistischen Tendenzen zu einer nachhaltigen Rückbesinnung auf tolerante und weltoffene Aspekte in der russischen politischen Tradition führen? Oder bleibt die jüngste Tendenz eine bloße Episode in den wechselhaften Medienkampagnen der Putinadministration?

Es lassen sich zwei gegenläufige Trends – ein ideologischer und ein pragmatischer – beobachten, deren Aufeinandertreffen den öffentlichen Debatten Russlands erstmals wieder gewisse Brisanz verleiht: Zwar erfüllt das von der Präsidentialadministration der letzten Jahre lancierte dualistische Weltbild – die einfältig-guten, um ihre „Unabhängigkeit“ ringenden Russen gegen den hinterlistig-imperialistischen Westen – wichtige Legitimationsfunktionen für den „harten“ Kurs des „wiedererstarkenden“ Russlands unter seinem neuen Präsidenten. Doch öffnet der offiziöse Verfolgungswahn Tür und Tor für radikale Schlussfolgerungen. Da das amerikanische Gesellschaftsmodell als Gegenbild der russischen Zivilisation erscheint, kann es nicht verwundern, wenn jugendliche Schlägertrupps auf ihre Weise die „Amerikanisierung“ der russischen Gesellschaft zu verhindern suchen. Die damit verbundene Beschädigung des internationalen Images der Russen ist wiederum unvereinbar mit den ebenfalls starken Bestrebungen, Russland als geachteten Partner der westlichen Staaten

zu etablieren. Zudem scheint es in der Kremlführung Überlegungen zu geben, dem rasant fortschreitenden Schwund der Bevölkerung der RF durch großangelegte Immigration zu begegnen, was neuen Zündstoff liefern würde. Letztlich widersprechen der fanatische Antiamerikanismus und die radikal proiranische Position von Dugin & Co. den sicherheitspolitischen

Kalkulationen des Kremls und seinen Bemühungen, sich gleichberechtigt in die internationale Koalition gegen islamistischen Terror einzureihen. Diese und ähnliche Herausforderungen der kommenden Jahre verleihen dem – zumindest teilweisen – Machtwechsel im Jahr 2008 zusätzliche Brisanz.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Dr. Andreas Umland ist DAAD-Lektor an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität Kiew.

Lesetipps

- Anastasia V. Mitrofanova: *The Politicization of Russian Orthodoxy. Actors and Ideas*. Stuttgart 2005 (=Soviet and Post-Soviet Politics and Society, Bd. 13).
- Roger Griffin, Werner Loh und Andreas Umland, Hg.: *Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right*. Stuttgart 2006 (=Soviet and Post-Soviet Politics and Society, Bd. 35).

Tabelle zum Text

Opfer von rassistischen und rechtsextremistischen Angriffen 2004–2005

	2004		2005	
	Getötet	Zusammen- geschlagen, verletzt	Getötet	Zusammen- geschlagen, verletzt
Insgesamt	46	208	28	375
darunter:				
Dunkelhäutige Personen	1	33	2	37
Personen aus Zentralasien	7	20	8	27
Personen aus dem Kaukasus	14	37	8	43
Personen aus dem Mittleren Osten und Afrika	4	12	0	6
Personen aus Asien und der Pazifik-Region (China, Vietnam, Mongolei usw.)	8	26	2	42
Andere Personen mit „nichtslawischem“ Aussehen	2	20	0	23
Angehörige der jugendlichen Subkultur oder von linken Jugendorganisationen	0	4	3	87
Andere	10	56	5	110

Quelle: Galina Kozhevnikova. *Radical nationalism and efforts to oppose it in Russia in 2005*
<http://xeno.sova-center.ru/6BA2468/6BB4208/6E811ED>, 20.6.2006

Chronik

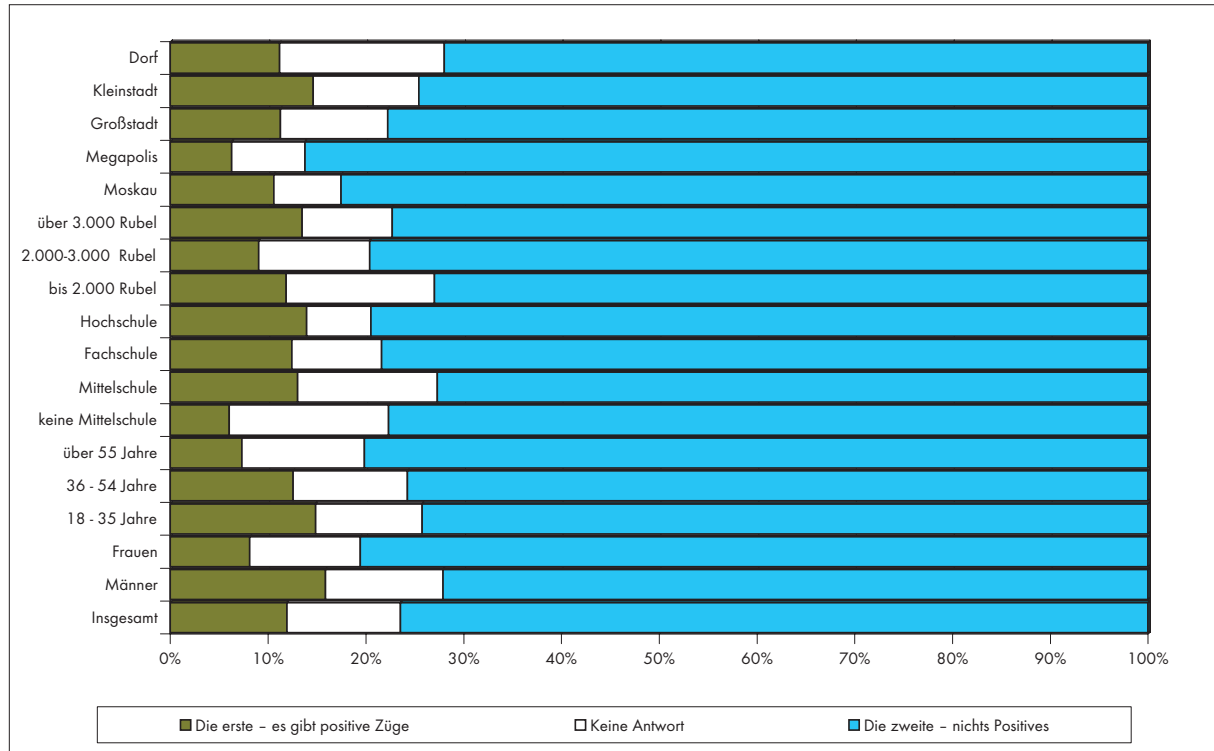
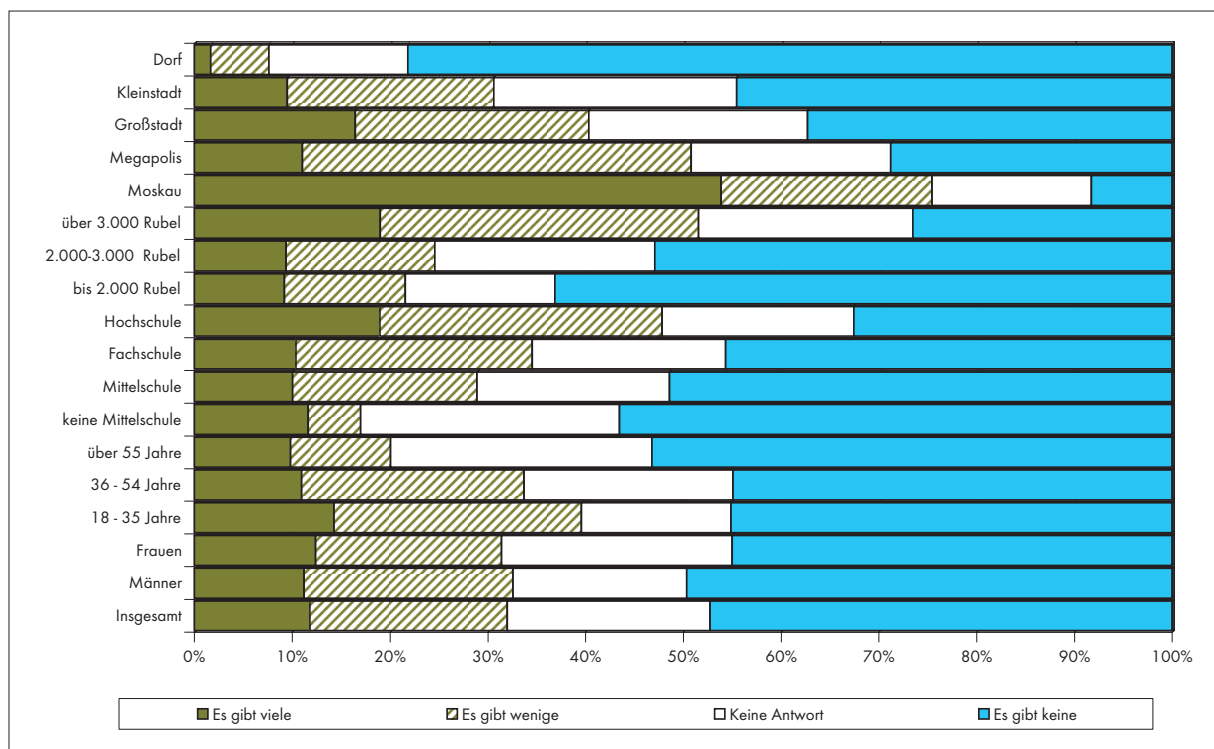
Rassistische und rechtsextreme Gewalt in Russland 2005 und 2006

5.1.2005	Das U.S. State Department veröffentlicht seinen alljährlichen „Report on Global Anti-Semitism“. In Russland sind danach nach wie vor zahlreiche antisemitische Akte zu verzeichnen. Ihre Zahl hat nicht zugenommen, doch ist der Grad der Gewalttätigkeit gestiegen. Während die russische Regierung sich deutlich gegen Antisemitismus ausspricht, neigen Staatsorgane auf unterer Ebene dazu, antisemitische Vorfälle nicht als solche zu qualifizieren, sondern als Rowdytum anzusprechen.
14.1.2005	In Moskau wird der Rabbi Alexander Lakschin auf einem Spaziergang mit Bekannten von einer Gruppe antisemitischer Jugendlicher beschimpft, angegriffen und mit Fäusten, Füßen und Flaschen traktiert. Er kann flüchten und muss im Krankenhaus behandelt werden.
20.1.2005	In Moskau werden drei Jugendliche festgenommen, die an dem Angriff auf Rabbi Alexander Lakschin am 14. Januar beteiligt waren.
21.3.2005	Der Dumaabgeordnete Alexander Krutow sendet einen von 5.000 Personen unterzeichneten Brief an die Generalstaatsanwaltschaft, der das Verbot einiger jüdischer Organisationen wegen Verbreitung von Religionshass fordert. Zu den Unterzeichnern gehört der ehemalige Schachweltmeister Boris Spasskij.
27./28.2003	In Petersburg greifen Unbekannte in drei getrennten Fällen ausländische Studenten an und schlagen sie krankenhausreif. Die Opfer stammten aus Angola, Bangladesh und China.
18.4.2005	In Sankt Petersburg gibt eine Gruppe junger Aktivisten die Gründung einer Jugendorganisation bekannt, die sich „opritschniki“ nennt und sich zur Eurasischen Bewegung von Alexander Dugin bekennt. Der Begriff „opritschniki“ stammt aus dem 16. Jahrhundert und bezeichnet Angehörige einer Organisation, mit der Iwan IV. „der Schreckliche“ seine Widersacher unterdrückte.
26.4.2005	Ein Wolgograder Gericht verurteilt sieben junge Männer, die zwischen dem 2. und 8. Oktober 2004 in drei Fällen aus rassistischen Motiven Tadschiken bzw. Usbeken erschlagen hatten, zu Haftstrafen zwischen vier und zehn Jahren.
1.5.2005	Skinheads greifen in der Moskauer Metro zwei algerische Offiziere an, die an einem Lehrgang der russischen Generalstabsakademie teilnehmen.
29.8.2005	In Moskau greifen in der Nähe der Metrostation „Awtosawodskaja“ Unbekannte mit Baseballschlägern jugendliche Anhänger linker Organisationen (Nationalbolschewisten, Rodina, KPRF u.a.) an. An der Massenschlägerei nehmen ca. 45 Personen teil. Mindestens fünf Personen werden ins Krankenhaus eingeliefert. Starke Polizeikräfte beenden den Konflikt.
9.9.2005	In St. Petersburg wird ein kongolesischer Student von Unbekannten angegriffen und durch Messerstiche getötet.
9.10.2005	In Woronesh greifen Hooligans drei ausländische Studenten an. Ein Peruaner wird getötet, ein zweiter Peruaner und ein Spanier werden verletzt.
11.10.2005	In Woronesh protestieren 2–300 ausländische Studenten gegen die ausländerfeindlichen Übergriffe und fordern besseren Schutz durch die Behörden. Die Demonstranten werden vom Rektor und vom Leiter der städtischen Innenbehörde empfangen.
14.10.2005	In Sergijew Posad, nördlich von Moskau, greift eine Gruppe von Skinheads eine Moschee an und verletzt eines der führenden Mitglieder der örtlichen islamischen Gemeinde.
18.10.2005	In Chabarowsk demonstrieren 200 ethnische Chinesen vor der Totenhalle der Stadt und fordern bessere Sicherheitsmaßnahmen. Am Vortag war ein chinesischer Geschäftsmann ermordet worden.
6.11.2005	In Petersburg demonstrieren 300 Personen in einem „Marsch gegen den Hass“ gegen Rassismus.
26.11.2005	Ein Moskauer Stadtgericht schließt die Partei „Heimat“ von den Wahlen zur Moskauer Stadtduma aus, mit der Begründung, die Werbekampagne der Partei fördere Rassenhass.
27.11.2005	Die Moskauer Polizei unterbindet gewaltsam eine nicht genehmigte Veranstaltung, auf der liberale Gruppen gegen Nationalismus und Faschismus demonstrieren.
27.11.2005	In Nishnij Nowgorod wird ein afrikanischer Student von Jugendlichen angegriffen.
24.12.2005	In St. Petersburg greifen Jugendliche zwei afrikanische Studenten an. Einer von beiden, ein Namibier, entkommt, der zweite, der aus Kamerun stammt, wird erstochen. Wenig später wird in der Nähe des Tatorts ein Kenianer von Unbekannten niedergestochen.
11.1.2006	In der Moskauer Synagoge an der „Bolschaja Bronnaja“ greift ein zwanzigjähriger Moskauer die Besucher der Synagoge mit einem Messer an. Acht Personen werden verletzt, vier davon müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

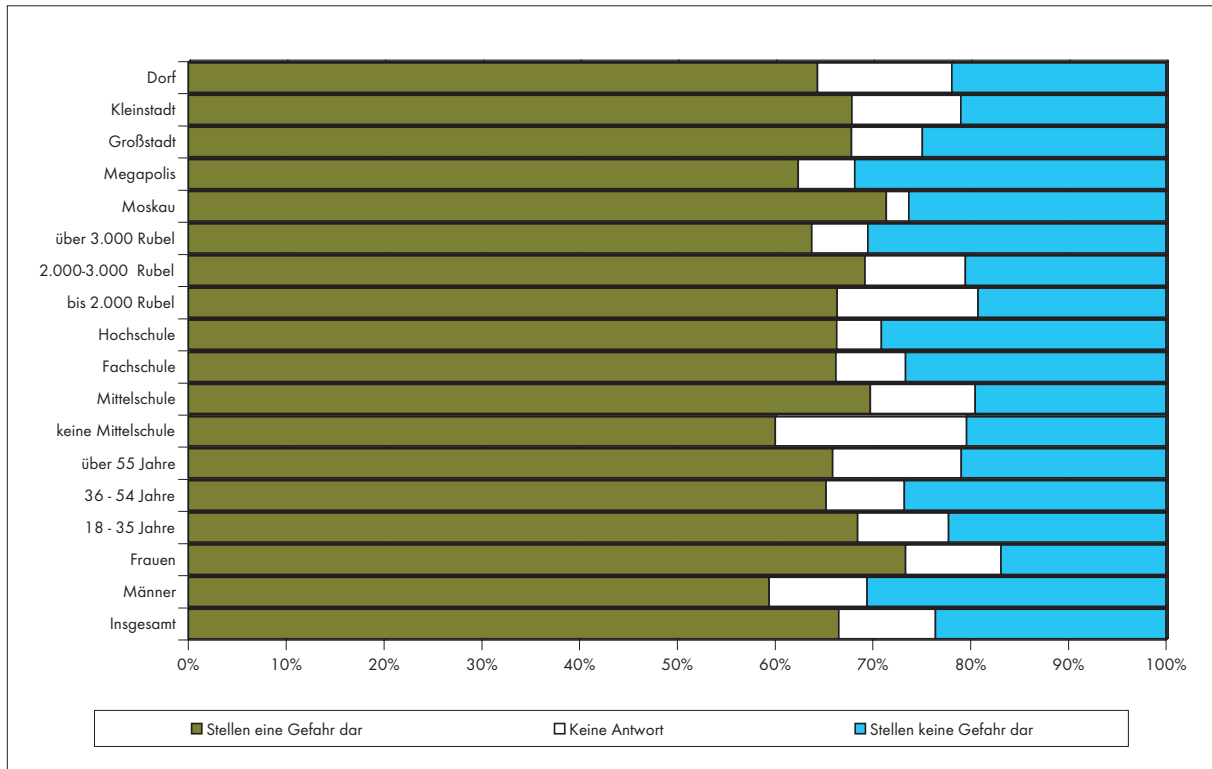
22.1.2006	Abd al-Munim, der Moskau-Korrespondent des Senders Al-Jazeera, wird von Unbekannten angegriffen und zusammengeschlagen.
2.2.2006	Die Moskauer Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen Alexander Kopzew, der am 11. Januar in einer Moskauer Synagoge acht Menschen mit Messerstichen verletzt hatte. Gleichzeitig leitet sie wegen Aufhetzung zum Rassenhass im Internet ein Verfahren gegen Unbekannt ein.
5.2.2006	In St. Petersburg wird ein Afrikaner von Unbekannten mit Messerstichen getötet.
20.2.2006	Vertreter von mehr als 10 Parteien unterzeichnen einen „antifaschistischen Pakt“, der sich gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit richtet. Dass der rechtsextreme Politiker Shirinowskij zu den Unterzeichnern gehört, wird in der Presse mit Ironie vermerkt.
23.2.2006	Putin empfängt Louise Arbour, UN High Commissioner for Human Rights, und erörtert mit ihr Menschenrechtsprobleme in Russland.
22.3.2006	In Chabarowsk wird der nordkoreanische Konsul von zwei Unbekannten überfallen und zusammengeschlagen. Die Angreifer entwenden eine Tasche mit seinem Diplomatenpass, einem Siegel und einer Reihe von Blankovisa.
24.3.2006	In St. Petersburg wird ein neunjähriges Mädchen, dessen Vater aus Mali und dessen Mutter aus Russland stammt, von zwei Unbekannten durch Messerstiche verletzt.
27.3.2006	Alexander Kopzew, der am 11. Januar, die Besucher einer Moskauer Synagoge tätlich angegriffen hatte, wird zu einer 13-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt.
1.4.2006	Skinheads greifen in Moskau Saur Tutow, den Kulturminister von Kabardino-Balkarien, und die Mitglieder eines kaukasischen Volkstanzensembles an, als diese den Kulturpalast verlassen, in dem sie geübt haben. Der Minister wird verletzt.
1.4.2006	Jelchan Mirsojew, ein Aserbeidschaner, der beim Fernsehsender NTV arbeitet, wird in der Metro von Skinheads angegriffen und zusammengeschlagen.
22.4.2006	In Moskau wird ein armenischer Student in der Metrostation „Puschkinskaja“ von Unbekannten erstochen. Zeugen wollen Skinheads beobachtet haben, die Polizei verhaftet einen Freund des Ermordeten.
23.4.2006	Eine Gruppe von 30–40 Jugendlichen attackiert auf der Metrostation „Uliza 1905 goda“ die Passagiere eines U-Bahnwaggons. Wenigstens einer von ihnen wird verletzt.
24.4.2006	Über 100 Angehörige der armenischen Minderheit in Russland blockieren in Moskau auf dem „Neuen Arbat“ den Verkehr, um gegen das Vorgehen der Polizei im Fall des am 22.4. ermordeten armenischen Studenten zu protestieren.
8.5.2006	Russische Menschenrechtsgruppen äußern Besorgnis über die Attacken rechtsradikaler „Hacker“ auf Webseiten von Nichtregierungsorganisationen und liberalen Parteien. Allein in diesem Jahr seien elf Webseiten Hackerangriffen ausgesetzt gewesen, darunter solche von jüdischen Organisationen und Regionalorganisationen der Union der Rechten Kräfte.
9.5.2006	In seiner Ansprache anlässlich des 61. Jahrestages des Sieges über das nationalsozialistische Deutschland warnt Präsident Putin vor Xenophobie und Rassenhass in Russland. Auf dem Roten Platz findet die traditionelle Militärparade statt.
22.5.2006	Amnesty International veröffentlicht seinen Menschenrechtsreport 2006 http://web.amnesty.org/report2006/incex-eng . Mit Bezug auf Russland kritisiert AI Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger, die Zunahme rassistischer Gewalttaten, Misshandlungen in Gefängnissen, häusliche Gewalt und insbesondere die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien.
24.5.2006	In St. Petersburg nimmt die Polizei acht Personen fest, die verdächtig sind, einen senegalesischen Studenten und den Wissenschaftler und Antisemitismus-Experten Nikolaj Girenko ermordet zu haben. Die Untersuchungsbehörden prüfen, ob der Gruppe weitere rassistische Gewalttaten zur Last gelegt werden müssen.
25.5.2006	In einem Moskauer Vorortzug wird ein 19-jähriger Armenier von Jugendlichen erstochen. Die Täter entstammen vermutlich aus dem rechtsradikalen Milieu.
27.5.2006	Eine kleine Gruppe von Schwulen und Lesben tritt im Stadtzentrum von Moskau gegen das Verbot einer Parade zum internationalen Christopher-Street-Day auf. Es kommt zu Zusammenstößen mit orthodoxen und rechtsradikalen Gegendemonstranten. Die Polizei verhaftet etwa 120 Personen, darunter mehrere Repräsentanten russischer Schwulen- und Lesbenorganisationen. Der deutsche Grünenpolitiker Beck, der an der Demonstration teilnimmt, wird von Skinheads attackiert und von der Polizei festgenommen.
20.6.2006	Der Oberste Gerichtshof kassiert das Urteil gegen Alexander Kopzew, der Gläubige in einer Moskauer Synagoge angegriffen hatte, und ordnet ein neues Verfahren an. Sowohl die Anklage als auch die Verteidigung hatten gegen das ursprüngliche Urteil Widerspruch eingelegt.

Umfrage
Gibt es in Russland Faschismus?

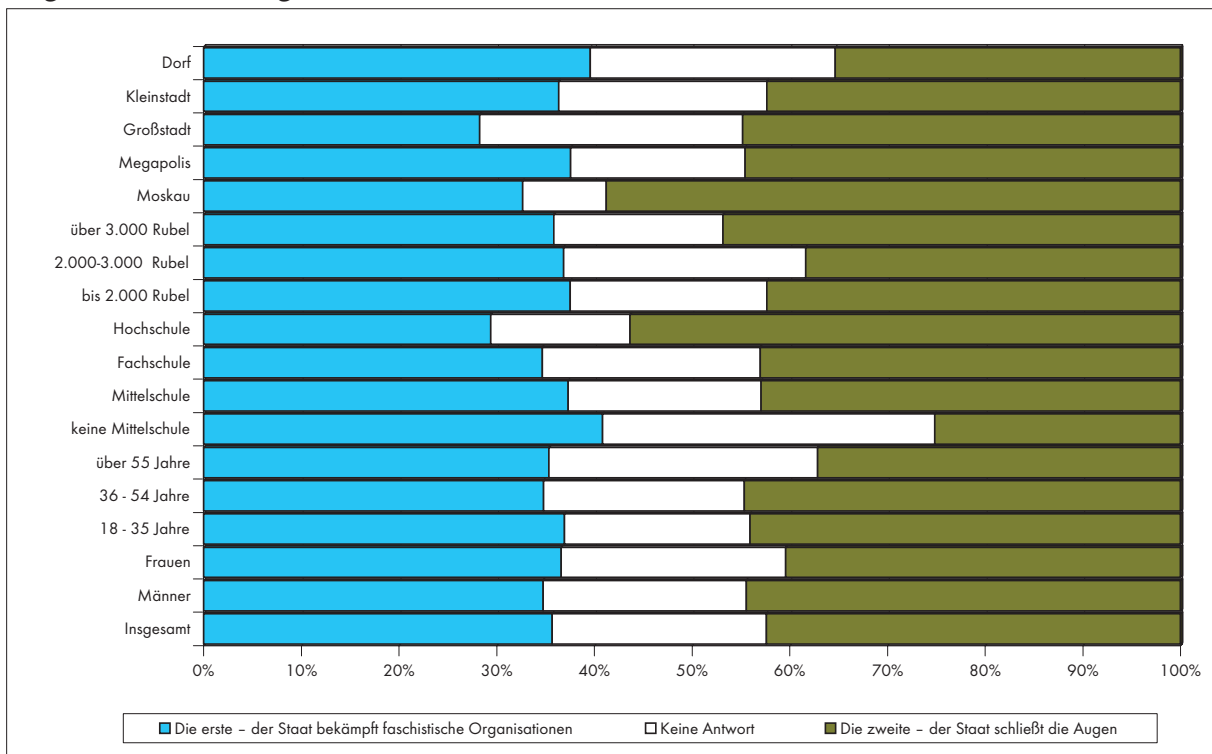
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 25.–26. März 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0613.zip>

Enthält der Faschismus als Ideensystem auch positive Auffassungen?

Gibt es dort, wo Sie leben, Personen mit faschistischen Auffassungen?


Stellen die Vertreter faschistischer Ideen heute eine reale Gefahr für die Gesellschaft dar?



Bekämpft die russische Staatsmacht die faschistischen Organisationen oder verschließt sie die Augen vor deren Tätigkeit?

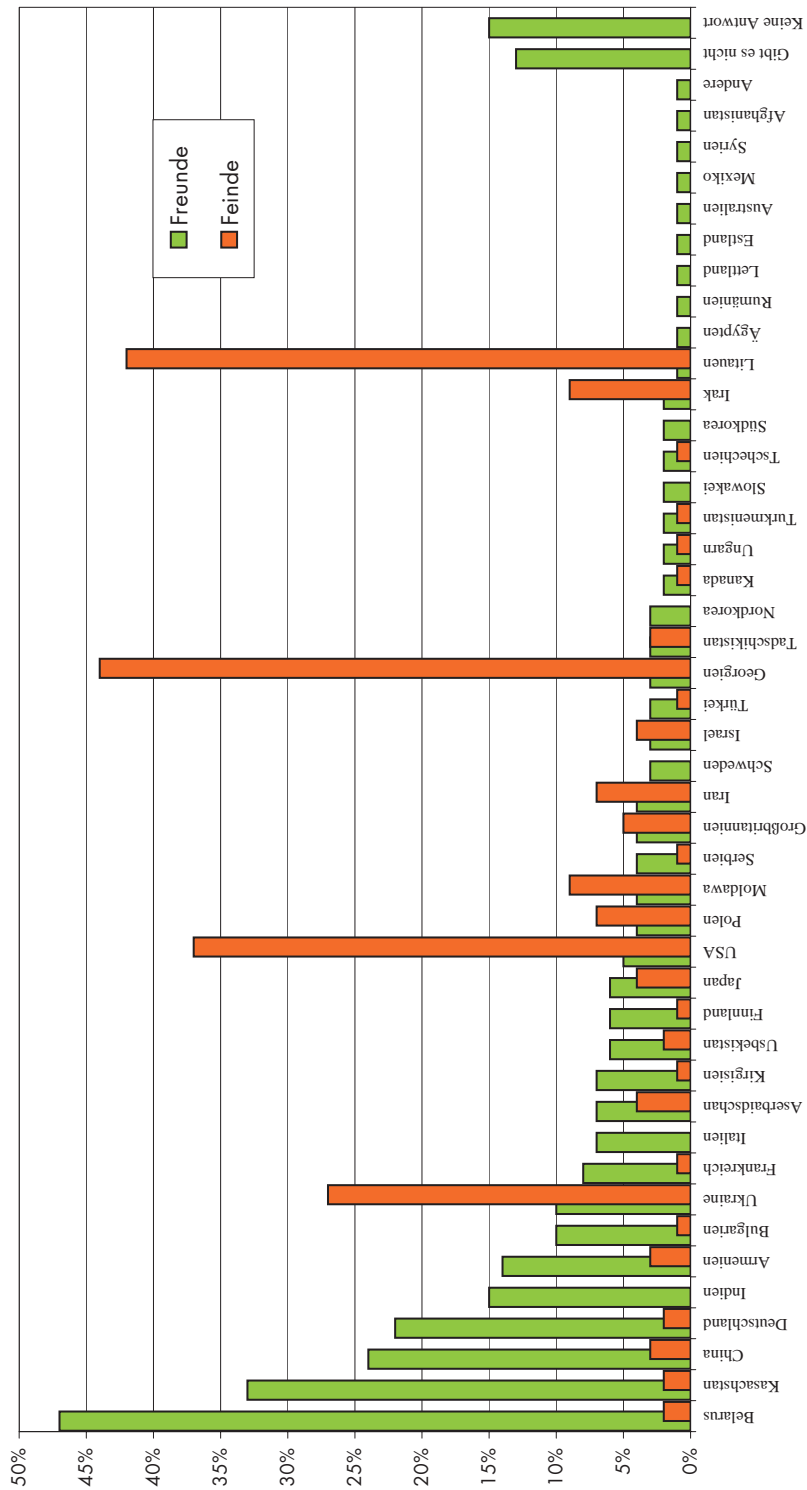


Umfrage

Freunde und Feinde Russlands im Spiegel der öffentlichen Meinung 2005–2006

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18. und 19. Mai 2006 <http://www.levada.ru./press/2006060502.html>

Freunde und Feinde Russlands 2006



A. Nennen Sie bitte fünf Ländern, die man als engste Freunde und Verbündete Russlands ansehen kann

B. Welche fünf Länder sind gegenüber Russland am feindlichsten gestimmt?

	Freunde (A)		Feinde (B)		Differenz Freunde- Feinde
	2005	2006	2005	2006	2006
Belarus	46%	47%	2%	2%	45%
Kasachstan	20%	33%	1%	2%	31%
China	12%	24%	4%	3%	21%
Deutschland	23%	22%	3%	2%	20%
Indien	16%	15%	0%	0%	15%
Armenien	9%	14%	4%	3%	11%
Bulgarien	11%	10%	0%	1%	9%
Ukraine	17%	10%	13%	27%	-17%
Frankreich	13%	8%	0%	1%	7%
Italien	6%	7%	1%	0%	7%
Aserbaidschan	5%	7%	5%	4%	3%
Kirgisistan	5%	7%	2%	1%	6%
Usbekistan	4%	6%	1%	2%	4%
Finnland	6%	6%	1%	1%	5%
Japan	4%	6%	6%	4%	1%
USA	11%	5%	23%	37%	-32%
Polen	5%	4%	4%	7%	-3%
Moldawa	4%	4%	4%	9%	-5%
Serbien	3%	4%	1%	1%	3%
Großbritannien	5%	4%	3%	5%	-1%
Iran	2%	4%	6%	7%	-3%
Schweden	3%	3%	0%	0%	3%
Israel	5%	3%	3%	4%	-1%
Türkei	2%	3%	1%	1%	2%
Georgien	2%	3%	38%	44%	-41%
Tadschikistan	3%	3%	2%	3%	0%
Nordkorea	3%	3%	1%	0%	3%
Kanada	1%	2%	1%	1%	1%
Ungarn	3%	2%	1%	1%	1%
Turkmenistan	2%	2%	1%	1%	1%
Slowakei	2%	2%	0%	0%	2%
Tschechien	2%	2%	1%	1%	1%
Südkorea	1%	2%	0%	0%	2%
Irak	2%	2%	10%	9%	-7%
Litauen	1%	1%	42%	42%	-41%
Ägypten	2%	1%	1%	0%	1%
Rumänien	0%	1%	2%		-1%
Lettland	2%	1%	49%		-45%
Estland	0%	1%	32%		-27%
Australien	3%	1%	0%		1%
Mexiko	0%	1%	0%		1%
Syrien	1%	1%	1%		1%
Afghanistan	1%	1%	12%		-11%
Andere	1%	1%	1%		
Gibt es nicht	10%	13%	5%		
Keine Antwort	14%	15%	15%		

Dokumentation

Wechsel im Amt des Generalstaatsanwalts

Am 2. Juni 2006 beschloss der Föderationsrat, das Oberhaus des russischen Parlaments, Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow auf Antrag Präsident Putins seines Postens zu entheben. Am 19. Juni schlug der Präsident dann den amtierenden Justizminister Jurij Tschajka als neuen Generalstaatsanwalt vor. Im System Putin ist der Posten des Generalstaatsanwalts kein unwichtiges Amt. Bei der Mehrzahl der politischen Veränderungen, die Putin seit seiner Amtseinführung im Jahre 2000 bewirkt hat, war er auf eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft angewiesen. Für die Disziplinierung der „Oligarchen“ und die Vertreibung der Magnaten Gusinskij und Beresowskij zu Beginn von Putins Regierungszeit waren die Strafverfolgungsbehörden das wichtigste Instrument. Auch bei der Zerschlagung des Jukos-Konzerns und der Vernichtung der bürgerlichen Existenz Chodorkowskij, des reichsten Mannes Russlands, stand der Generalstaatsanwalt in der ersten Reihe. Die Strafverfolgungsbehörden sind in Putins Russland ein politisches Instrument. Derzeit stehen sie vor der schwierigen Aufgabe, die Korruption im Staatsapparat zu beseitigen. Auch dies ist ein politischer Auftrag – Putin selbst hat Korruptionsbekämpfung immer wieder als zentrale Aufgabe formuliert, auch deshalb weil die Legitimität seines Regimes durch die fortwuchernde Korruption nachhaltig beschädigt wird. Bisher hat die Generalstaatsanwaltschaft auf diesem Feld keine entscheidenden Erfolge erzielen können. Mag sein, dass die Ablösung Ustinows durch Tschajka auch mit diesem Versagen zu tun hat.

Kurzbiographien

Wladimir Wasiljewitsch Ustinow

Ustinow wurde am 25.2.1953 in Nikolajewsk am Amur als Sohn eines Stellvertretenden Staatsanwaltes geboren. Nach dem Militärdienst studierte er Jura und erwarb 1978 seinen Abschluss an der Juristischen Fakultät in Charkow. Danach wurde er Bezirksstaatsanwalt in der Region Krasnodar und 1992 wurde er Staatsanwalt in Sotschi. In der lokalen Presse wurde er mehrfach angegriffen. U.a. warf man ihm vor, Prozesse gegen örtliche Mafiabosse verschleppt zu haben. 1994 wurde Ustinow zum Ersten Stellvertretenden Staatsanwalt der Region Krasnodar befördert und vier Jahre später, 1998, zum Leiter der Hauptverwaltung der Generalstaatsanwaltschaft im Nordkaukasus ernannt. Am 11.1.1998 verlieh ihm Präsident Jelzin den Rang eines „Juristischen Staatsrates 2. Klasse“. Am 6.4.1999 wurde Ustinow dann zum Stellvertretenden Generalstaatsanwalt ernannt, übernahm Anfang August 1999 kommissarisch das Amt des Generalstaatsanwalts der Russischen Föderation und wurde im Mai 2000 – nach der Wahl Putins – regulär in diesem Amt bestätigt. Ustinow ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Jurij Jakowlewitsch Tschajka

Tschajka wurde am 21.5.1951 in Nikolajewsk am Amur geboren und studierte 1968 – 1970 am polytechnischen Institut in Komsomolsk am Amur. Nach Abschluss der Ausbildung arbeitete er zunächst als Elektriker eines Schiffsbaubetriebes in seiner Geburtsstadt und leistete danach bis 1972 seinen Militärdienst ab. Nach der Rückkehr ins Zivilleben studierte er von 1972 bis 1976 an der Juristischen Fakultät in Swerdlowsk. Nach dem Examen arbeitete er 1976 bis 1978 als Untersuchungsbeamter in der Staatsanwaltschaft Ust-Udinskowo (Gebiet Irkutsk), im Anschluss war er bis 1979 Stellvertreter eines Rajonstaatsanwaltes im Gebietes Irkutsk. Von 1979 – 1983 arbeitete er bei der Ostsibirischen Transportstaatsanwaltschaft und übernahm dann bis 1984 die Leitung der dortigen Untersuchungsabteilung. 1984 – 1986 war er Instrukteur der Verwaltungsabteilung des Irkutsker Gebietskomitees der KPdSU und übernahm dann 1986 bis 1988 das Amt des Ersten Stellvertretenden Staatsanwaltes des Gebietes Irkutsk. Danach wechselte er wieder in den Parteiapparat und war 1988 – 1990 Leiter der Abteilung für Staat und Recht des Irkutsker Gebietskomitees der KPdSU. Danach war er 1990 – 1992 Staatsanwalt der Ostsibirischen Transportstaatsanwaltschaft und anschließend bis 1995 Staatsanwalt des Gebietes Irkutsk. Im November 1995 wurde er zum ersten Stellvertretenden Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation ernannt und am 2.4.1999 zum kommissarischen Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation. Am 17. August 1999 ernannte ihn Jelzin zum Justizminister. Tschajka trägt die Medaille „Für militärischen Heldenmut“ sowie den Titel eines „Verdienten Juristen der Russischen Föderation“. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

(Zusammengestellt von Eduard Klein)

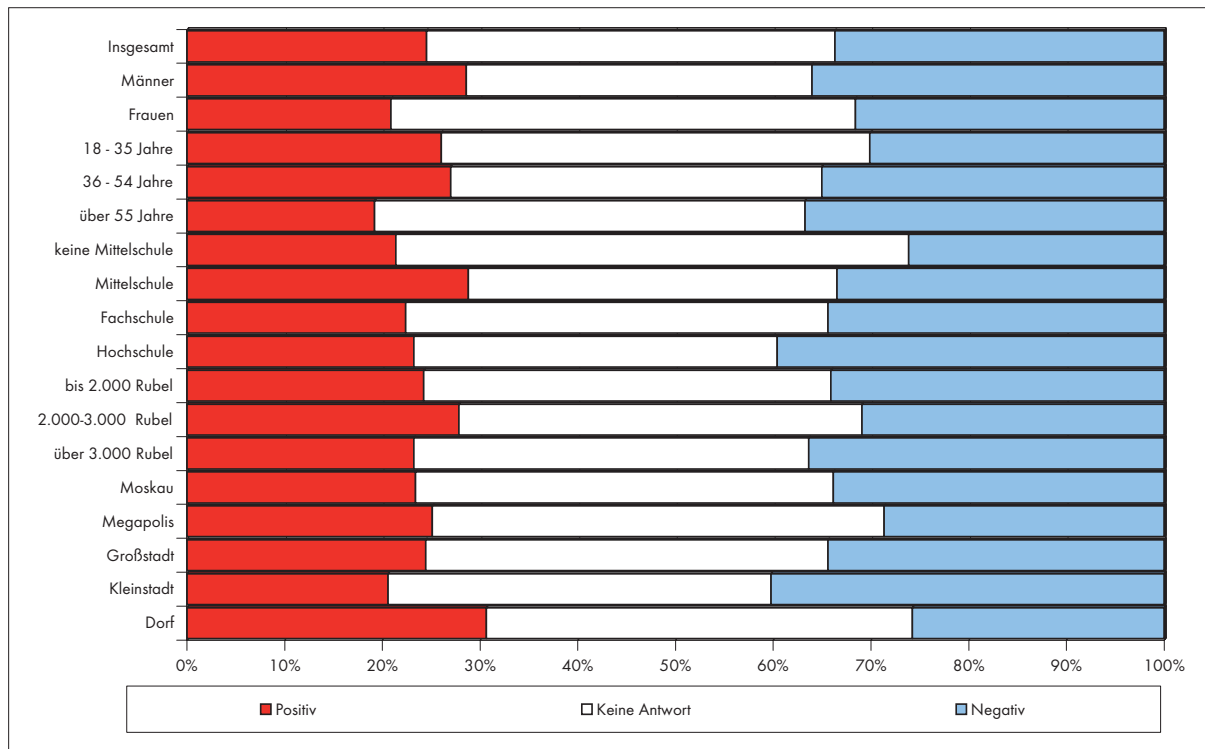
Umfrage

Die Arbeit des Generalstaatsanwalts in den Augen der Öffentlichkeit (Mai 2006)

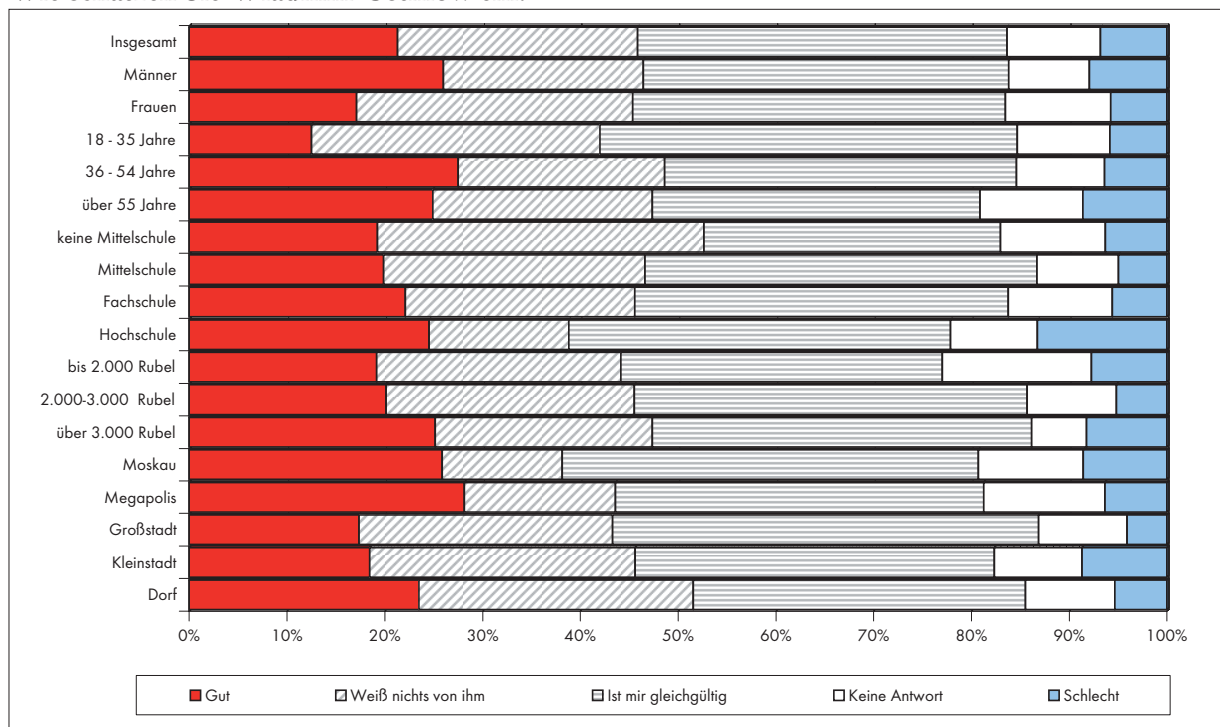
Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 20.–21. Mai 2006

<http://bd.fom.ru/zip/tb0620.zip> 25. Mai 2006

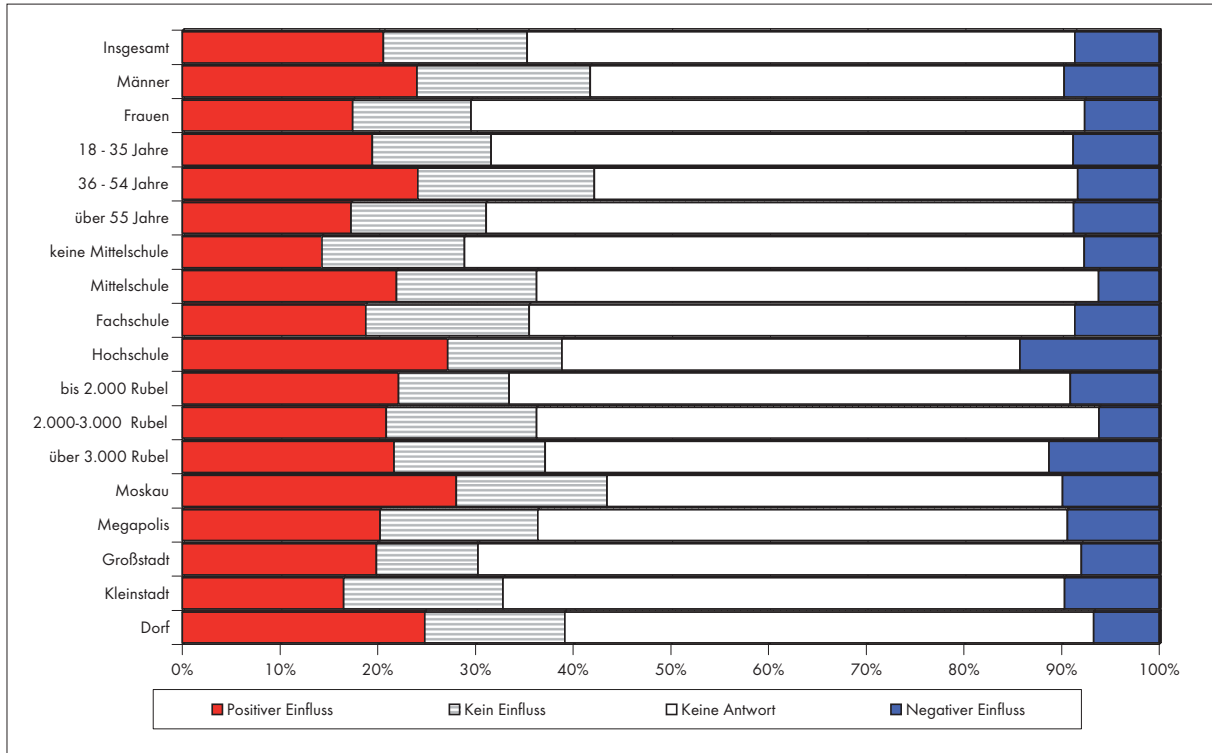
Wie schätzen Sie die Arbeit der Generalstaatsanwaltschaft ein?



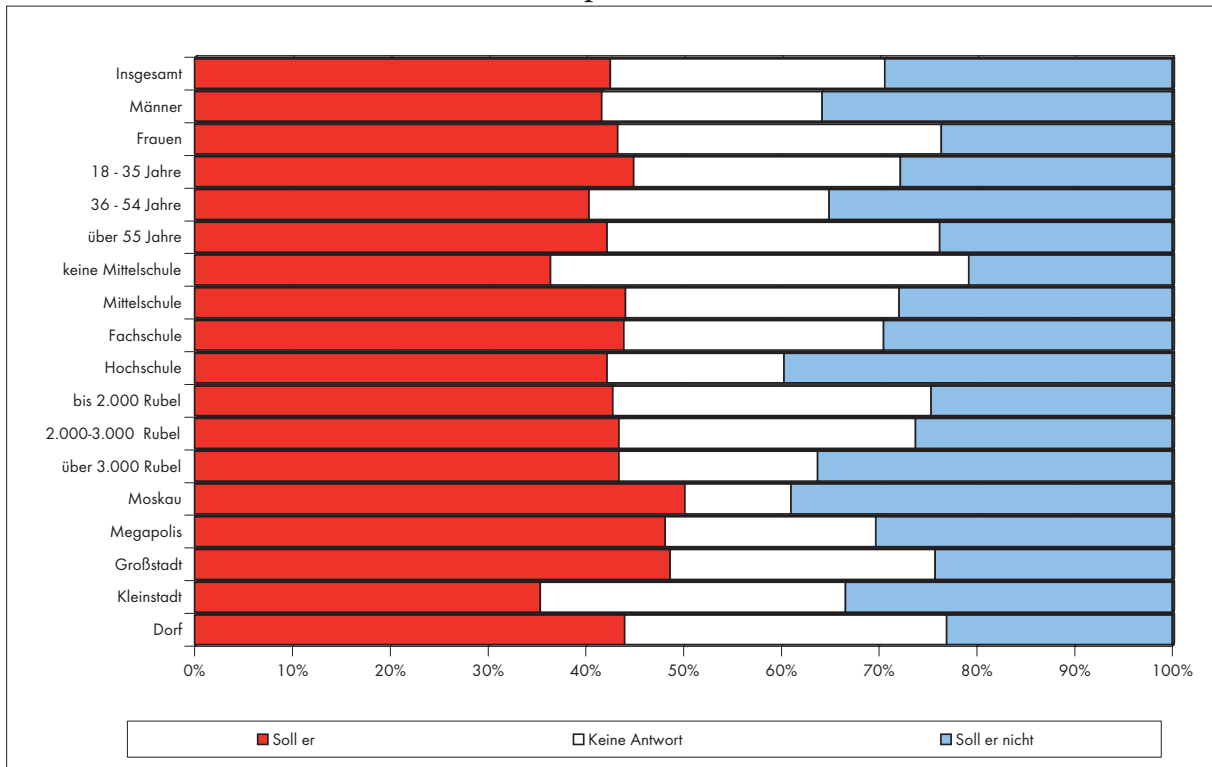
Wie schätzen Sie Wladimir Ustinow ein?



Hat Wladimir Ustinow als Generalstaatsanwalt Einfluss auf das politische Leben des Landes ausgeübt?



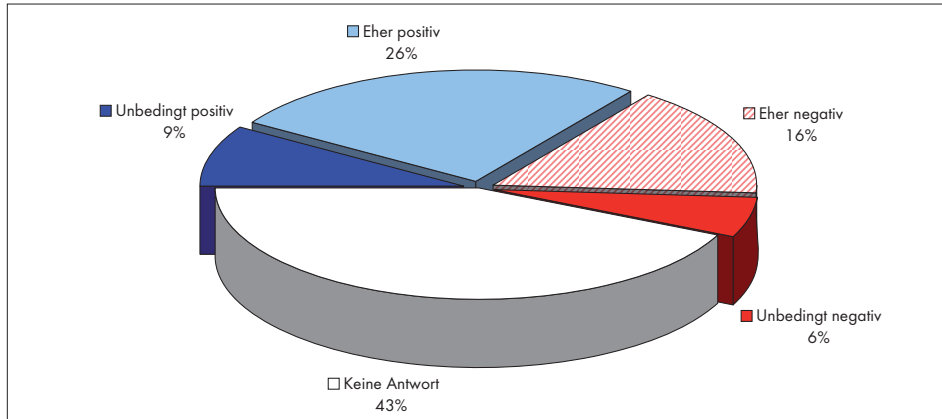
Soll der Generalstaatsanwalt Einfluss auf das politische Leben des Landes ausüben?



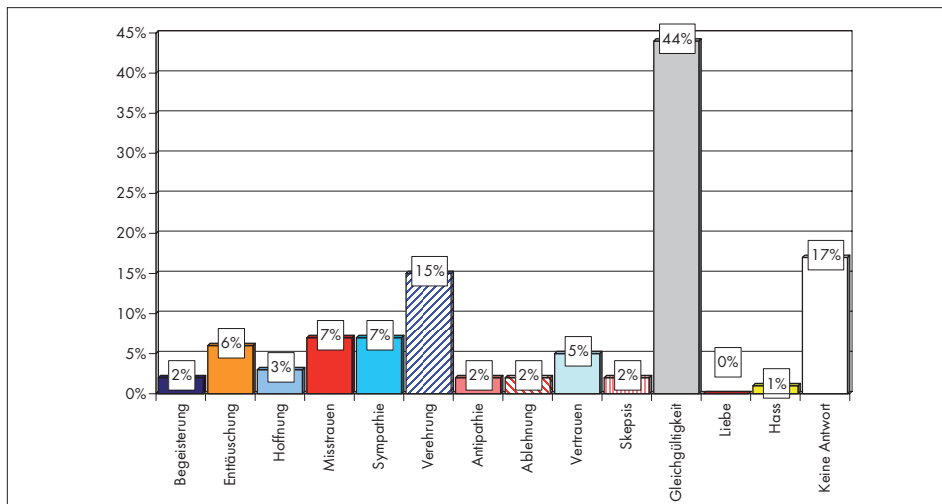
Die Ablösung Wladimir Ustinows in den Umfragen des VCIOM

Quelle: Umfrage des VCIOM, 10.–11. Juni 2006 <http://wciom.ru/?pi=42&article=2743>

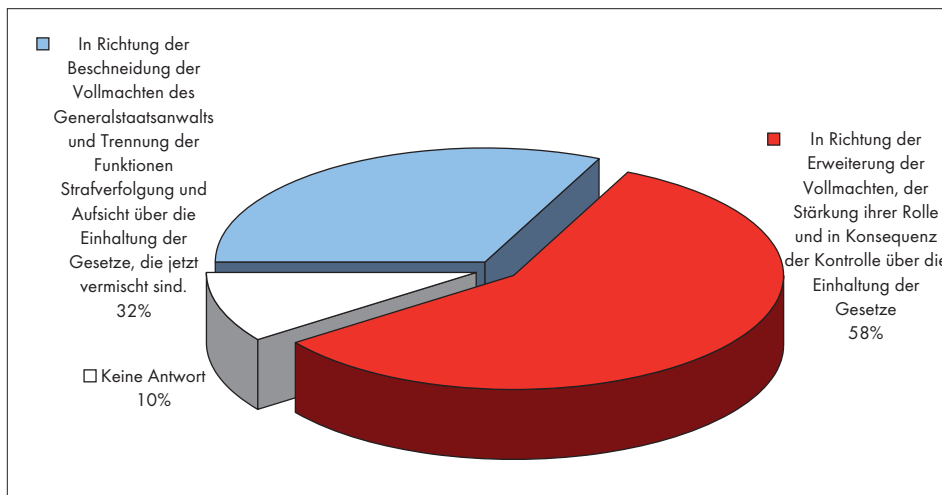
Wie bewerten Sie die Arbeit Wladimir Ustinows als Generalstaatsanwalt 200–2006?



Welche Gefühle hegen Sie gegenüber Wladimir Ustinow? (bis zu 2 Antworten)



Wenn eine Reform der Generalstaatsanwaltschaft notwendig ist, in welche Richtung soll sie gehen?



Chronik

Vom 16. bis zum 22. Juni 2006

16.6.2006	Ein Sprecher des U.S. Sicherheitsrates teilt mit, dass sich Russland und die USA geeinigt hätten, das gemeinsame Programm zur Sicherung und Zerstörung atomarer, biologischer und chemischer Waffen aus der Sowjetzeit um sieben Jahre zu verlängern.
16.6.2006	Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums teilt mit, dass Russland sich mit dem Pariser Club geeinigt hat, seine Auslandsschulden in Höhe von 22 Mrd. Dollar vollständig und vorzeitig zurückzuzahlen. Zum Ausgleich zahlt Russland einen marktmäßigen Zuschlag. Für den größten Gläubiger Deutschland, bei dem Russland mit 7,7 Mrd. Euro in der Kreide steht, beträgt diese Ausgleichszahlung 700 Mio. Euro.
16.6.2006	Dmitrij Kosak, der Präsidentschaftsbeauftragte für den Südkaukasus, trifft in Armenien mit dem armenischen Präsidenten Robert Kocharian und dem Ministerpräsidenten Andranik Markarian zusammen.
17.6.2006	Abdul-Chalim Sadulajew, der nominelle Führer der tschetschenischen Guerilla, wird verraten und von russischen Sicherheitskräften erschossen.
18.6.2006	Pawel Karew, der Vorsitzende des Stadtrats von Wolgograd, dem Korruption und Amtsmissbrauch vorgeworfen werden, tritt zurück.
19.6.2006	Putin nominiert Justizminister Jurij Tschajka als Generalstaatsanwalt.
19.6.2006	Die Investment-Gruppe Millhouse LCC, die dem Finanzmagnaten Roman Abramowitsch gehört, erwirbt 41 Prozent der Holding Evraz.
19.6.2006	Im Irak teilt eine Gruppe, die angeblich al-Qaida nahe steht, mit, dass sie vier russische Diplomaten als Geiseln hält. Sie fordert Russland auf, sich innerhalb von 48 Stunden aus Tschetschenien zurückzuziehen und die islamischen Gefangenen auf freien Fuß zu setzen.
19.6.2006	Einwohner von Butowo, eines Dorfes fünf Kilometer südlich von Moskau, setzen sich gegen den Abriss ihrer Häuser zur Wehr. Der harte Polizeieinsatz wird in der russischen Öffentlichkeit negativ aufgenommen.
20.6.2006	Der Oberste Gerichtshof kassiert das Urteil gegen Alexander Kopzew, der Gläubiger in einer Moskauer Synagoge angegriffen hatte, und ordnet ein neues Verfahren an. Sowohl die Anklage als auch die Verteidigung hatten gegen das ursprüngliche Urteil Widerspruch eingelegt.
20.6.2006	Präsident Putin empfängt den neuen italienischen Ministerpräsidenten Prodi in Moskau. Bei den Gesprächen geht es um Energiefragen und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.
20.6.2006	Das staatliche chinesische Mineralölunternehmen Sinopec erwirbt von dem russischen Mineralölkonzern TNK-BP 49% der Aktien des Unternehmens Udmurtneft. Die übrigen 51% gehören dem Konzern Rosneft.
20.6.2006	Sergej Mironow, der Vorsitzende des Föderationsrats, erklärt, Russland werde mit den Geiselnern im Irak nicht verhandeln.
21.6.2006	Außenminister Sergej Lawrow empfängt Marc Perrin de Brichambaut, den Sekretär der OSZE und erörtert mit ihm die Situation innerhalb der Organisation. Lawrow kritisiert „Doppelstandards“ bei der Wahlbeobachtung in den postsowjetischen Staaten.
21.6.2006	Den Angaben einer Website zufolge, sind die im Irak entführten vier russischen Diplomaten von ihren Kidnappern, einer al-Qaida nahe stehende Gruppe, ermordet worden.
22.6.2006	Russland begeht den „Tag des Gedenkens und der Trauer“ in Erinnerung an den Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion vor 65 Jahren.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de